

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Prügelnszenen im Unterhaus.

Das „korrekteste“ aller Parlamente der Welt, das englische Unterhaus, in dem traditionsgemäß jede unparlamentarische Aeußerung rücksichtslos durch den Präsidenten (Speaker) und eine ganze Schar von Ordnern unterdrückt wird, das einzige, in dem wohl noch nie regelrechte Prügelnszenen vorgekommen sind, ist gestern der Schauplatz wilder Auftritte gewesen. So geht auch im konservativen England eine Tradition nach der anderen dahin. Wer weiß, ob nicht vielleicht sogar der Sprecher eines Tages die lange, weiße Perücke im Stile des 16. Jahrhunderts ablegen muß, die er noch immer vor jeder Sitzung aufsetzen muß?

Anlaß dieses Krawalls war die tags zuvor von der Regierung Bonar Law erlassene Schlappe, die das Kabinett anscheinend durch ein reglementwidriges Manöver wieder aus der Welt schaffen wollte. Darüber meldet „Europa-Press“ in einem Londoner Telegramm:

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kam es zu einer regelrechten Schlägerei. Die Regierung wollte den Antrag, bei dessen Abstimmung sie vorgestern eine Niederlage erlitten hätte, erneut zur Beratung bringen. Die Arbeiterpartei widersetzte sich diesem Vorgehen mit der Begründung, daß dies mit dem bestehenden Reglement im Widerspruch stehe. Als aber die Regierung diesen Einwand unbeachtet ließ, fingen die Mitglieder der Arbeiterpartei an, revolutionäre Lieder zu singen. Infolge eines Mißverständnisses kam es zu einem Handgemenge zwischen einem Mitglied der Arbeiterpartei und dem Unterstaatssekretär im Kriegsamt, Oberst B. Guinness, der Faustschläge erhielt. Darauf setzte ein fast allgemeines Handgemenge ein, so daß der Präsident die Sitzung aufheben mußte.

Etwas detaillierter, wenn auch ebenfalls nicht ganz klar, ist die Darstellung eines Londoner W.B.-Telegramms:

Nach der Aufhebung der Sitzung näherte sich ein Mitglied der Arbeiterpartei dem Untersekretär des Kolonialamtes Gore und verwickelte ihn in ein erregtes Gespräch, in dessen Verlauf er versuchte, ihn mit einem Schriftstück zu schlagen. Regierungs- und Arbeitermitglieder griffen unverzüglich ein und verhinderten, daß es zu Täuschlichkeiten kam. Angeblick war vorher ein Mitglied der Arbeiterpartei von einem Anhänger der Regierung geschlagen worden, und dies soll den Zwischenfall veranlaßt haben. Einige Arbeitermitglieder, die sich drohend gegen mehrere Regierungsanhänger wandten, wurden von ihren Parteifreunden zurückgehalten. Schließlich verließen sämtliche Mitglieder des Hauses, ohne daß es zu weiteren Zwischenfällen kam. — Vor der Aufhebung der Sitzung hatte Macdonald nochmals die Regierung aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, ohne eine Antwort zu erzielen.

Bei der Wiederaufnahme der Sitzung herrschte große Bewegung. In den Wandelgängen wurde erzählt, daß die Arbeitervertreter beabsichtigten, ihre Rundgebung zu wiederholen. Der Sprecher vertagte schließlich die Sitzung des Hauses auf morgen, ohne daß nochmals die Ordnung gestört wurde.

Der Vollständigkeit halber sei noch die Version des „Daily Express“ hinzugefügt:

Der Parlamentarischerichter des „Daily Express“ schreibt, eine derartige Szene habe wahrscheinlich nie im britischen Parlament stattgefunden. Die Arbeitermitglieder hätten einen Höllenlärm veranstaltet, um zu verhindern, daß das Haus seine Geschäfte erledige, und hätten das Lied der roten Fahne gesungen. Während einer halben Stunde habe das Haus einem zoologischen Garten geglichen. Nach dem „Kampf“ im Hause hätten einige Arbeiter-Parlamentarier in Bonar Laws Zimmer im Unterhaus einzudringen versucht, Polizisten hätten jedoch rasch die Tür des Zimmers des Premierministers abgeschlossen.

Natürlich haben diese Zwischenfälle in der gesamten englischen Presse einen lebhaften Widerhall gefunden:

„Daily Chronicle“ (das Blatt Lord Georges, Red.) erklärt in einem Leitartikel, das Kabinett vor zweitklassigen Deuten, über das Bonar Law den Vorstoß führe, habe durch seine Unfähigkeit, durch das im Innern angerichtete Durcheinander und die im Ausland erlittenen Demütigungen die Leute, von denen es eingeseht worden sei, enttäuscht und sei ernstlich erschüttert. Niemand erhoffe von diesem Kabinett irgend etwas Gutes und wenige erwarteten, daß es noch lange Bestand haben werde. Der persönliche Faktor der geschwächten Gesundheit Bonar Laws hänge über dem Kabinett wie ein Damoklesschwert. Bonar Law könne jeden Tag zurücktreten, und wenn er dies tue, würde niemand mehr übrig sein. Einer politischen Krise, die mindestens eine Neubildung des Ministeriums zur Folge haben würde und vielleicht zu Neuwahlen führen könne, müsse daher entgegengekehrt werden. „Daily Chronicle“ fragt, wie weit die verschiedenen Parteien bereit seien, dieser Krise zu begegnen. Die konservative und die Arbeiterpartei seien nicht vorbereitet. Die Arbeiterpartei sei einzig, reich, wohlorganisiert und zuversichtlich und sie könne, wenn es zur Auflösung des Parlaments kommen sollte, sicher darauf rechnen, viel besser abzuschneiden als im letzten Herbst. Wie stehe es dagegen mit den liberalen Parteien? Einfach, weil eintige reiche oder einflussreiche Persönlichkeiten eine Abneigung gegen Lord George hätten, blieben sie getrennt und machtlos. Sie hätten kein Programm, keine gemeinsame Führung oder Strategie, keine Aussicht auf Erreichung der Macht. Wie lange solle dies noch weitergehen? Jede Beschleunigung des Abtritts der Regierung mache eine Verzögerung in der liberalen Re-

organisation nur gefährlicher. Jeder Kern müsse angestrengt werden, damit die endgültige Krise komme, die Liberalen bereit seien, ihre Pflicht zu tun.

„Times“ schreibt, sowohl die Regierung als auch das Unterhaus hätten an Ruf eingebüßt infolge der Niederlage, die die Regierung vorgestern erlitten habe und infolge der durch die Niederlage gestern im Unterhaus hervorgerufenen Vorkommnisse. Die Kenntnis davon, daß die Opposition oder ein großer Teil von ihr gestern abend gründlich aus der Hand geraten war, könne kein wirklicher Trost für die Regierung sein in der Lage, in die sie sich so nachlässig habe hineindringen lassen. Es sei zu hoffen, daß die Regierung die Lehre der letzten beiden Tage nicht vergessen werde. Weitere derartige Fehler seitens der Einseitigen und Nachlässigen auf Seiten ihrer Anhänger würden für ihren Kredit fast verhängnisvoll sein. „Times“ zufolge kann angenommen werden, daß keine andere Partei vorhanden ist, die das Land lieber an der Macht sehen würde; aber ihr Schicksal hänge ja von ihr selbst ab. Die Opposition sei wirklich stark und darauf aus, keine Gelegenheit zu veräumen.

Diese im Grunde genommen gleichartigen Aeußerungen des liberalen und des konservativen Organs, die beide aus den heutigen Zwischenfällen die Schlussfolgerung der Unfähigkeit der Regierung und ihrer konservativen Mehrheit ziehen, ist jedenfalls kennzeichnend für das tiefe Unbehagen, das in ganz England auf dem Gebiet der inneren, ebenso wie auf dem der auswärtigen Politik herrscht.

Nach Ansicht führender Parlamentarier der Arbeiterpartei wäre übrigens mit einem bloßen Rücktritt Bonar Laws, dessen Krankheit keine diplomatische, sondern eine wirkliche ist, außenpolitisch nichts gewonnen. Denn Bonar Law genieße ein hohes Ansehen in seiner eigenen Partei und sei der einzige, der imstande sei, die extrem konservativen Elemente, die Bonarcarfreundlichen, nationalistischen, „die Lords“ bei der Stange zu halten.

Das deutsche Angebot.

Eine französische Meldung.

Paris, 12. April. (E.) Aus Berlin wird dem „Journal“ gemeldet: Reichsfinanzminister Dr. Hermes habe im Einvernehmen mit dem Staatssekretär Dr. Bergmann einen neuen Reparationsplan ausgearbeitet, der bereits dem Reichspräsidenten zur Billigung vorgelegt sei. Dieser Plan sehe Naturalleistungen und Geldzahlungen vor. Frankreich würden endgültig 26 Milliarden Goldmark angeboten werden. Außerdem werden Belgien und Italien Reparationszahlungen erhalten. Durch innere und äußere Anleihen sollen die Reparationssummen aufgebracht werden. Der Berichterstatter des „Journal“ weiß nicht, ob das Kabinett die Pläne von Dr. Hermes bereits billigte. Sozietische aber sei, daß in weiten Kreisen Deutschlands eine Aenderung der Anschauungen eingetreten sei, die durch die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten hervorgerufen wurden. Dr. Hermes habe auch den Reichswirtschaftsminister Dr. Becker für seine Pläne zu gewinnen gesucht. Ursprünglich widerstrebte Dr. Becker, aber Hermes habe darauf hingewiesen, daß er die Streikunterstützungen für die Arbeiter nicht mehr bezahlen könne, wenigstens nicht mehr in demselben Umfang wie bisher. Zahlreiche Industrielle hätten auch bei Dr. Becker vorgesprochen und ihm die schädlichen Folgen dargelegt, die für die deutsche Industrie die Fortdauer der gegenwärtigen Situation haben müsse. Im Schoß des Kabinetts beständen Meinungsverschiedenheiten. Obwohl der Außenminister Dr. von Rosenberg für die Eröffnung von Verhandlungen eintrete, werde er sich doch gegen den Gedanken, Frankreich Vorschläge zu unterbreiten, bevor nicht eine internationale Sachverständigenkonferenz die Höhe der Leistungsfähigkeit Deutschlands festgestellt haben würde.

In deutschen politischen Kreisen befürchte man, daß die Einheitsfront der Alliierten gegen Deutschland wiederhergestellt werden könne und daß Deutschland dann Bedingungen auferlegt werden könnten, über die eine Erörterung nicht zugelassen würde. Die Anhänger des Programms Dr. Hermes seien namentlich in der Sozialdemokratie sehr zahlreich. Von der Möglichkeit einer Kanzlerdemission werde vielfach gesprochen und Dr. Stresemann als sein Nachfolger bezeichnet. Dieser habe allerdings bisher keine bestimmte Erklärung abgegeben, doch habe er bereits versichert, da er es niemals versuchen würde, das Ruhrabenteuer zu liquidieren, wenn er sich nicht vorher die Mitarbeit der Sozialdemokratie versichert habe. In parlamentarischen Kreisen spreche man von einem bevorstehenden Regierungswechsel, und man erwarte bei der bevorstehenden Erörterung des Budgets des Auswärtigen Amtes wichtige Regierungserklärungen in der Reparationsfrage.

Von amtlicher Seite wird die Richtigkeit dieser Angaben entschieden in Abrede gestellt. Offenbar handelt es sich um Kombinationen aus Gerüchten, die Richtiges und Falsches vermischen.

Neue Marktsucht.

Obwohl die Reichsbank anscheinend die Zügel der Kursbewegung am Devisenmarkt noch fest in der Hand hat, macht sich doch an der Effektenbörse wie auch an den Warenmärkten eine neue Flucht vor der Mark und eine Jagd nach Sachwerten bemerkbar. An der heutigen Börse beobachtet man wieder große Interessentkäufe in oberösterreichischen Montanwerten, Elektroaktien und Bankaktien. Der Geldmarkt zeigt im allgemeinen wieder eine gewisse Flüssigkeit. In Börsenkreisen steht man dem weiteren Verlaufe der Marktsuchung skeptisch gegenüber.

Wahlen in der Tschechoslowakei.

Von Bürgermeister Leopold Bözl-Kuffig.

In einigen Gemeinden der Tschechoslowakei haben in den letzten Wochen Neuwahlen der Gemeindevertretungen stattgefunden, deren Ergebnisse die bürgerlichen Parteien in eine Siegestimmung versetzten. Besonders die Deutschbürgerlichen — bei den Tschechen sind die Verhältnisse infolge der Koalitionspolitik der tschechischen Sozialdemokraten sowohl in Urtsache wie in ihrer Auswirkung anders — frohlocken in ihrer gesamten Presse über die Niederlagen der deutschen Sozialdemokraten und erhoffen bei den kommenden Neuwahlen, die voraussichtlich im Herbst l. J. stattfinden werden, die im Jahre 1919 an die Arbeiterschaft verlorenen Positionen in den Gemeinden wieder zurückzugewinnen. Wenn diese Erwartungen auch enttäuscht werden — denn ein klares Bild über das Stärkerverhältnis der Parteien werden erst die Gemeindevahlen in den großen Industrieorten mit den gewerkschaftlich und politisch geschulten Wählermassen liefern —, so darf natürlich nicht übersehen werden, daß sich die politischen Verhältnisse seit 1919 erheblich geändert haben. Gerade daraus ist ja zu erkennen, warum die Arbeiterschaft trotz der in Erscheinung tretenden Einbuße von Stimmen und Mandaten keinen Grund zur Auflosigkeit hat.

Dem politischen Ungeheuer erscheint der Wahlkampf, wie der politische Kampf überhaupt, stets als ein Kampf zwischen Gerechten und Ungerechten, Ehrlichen und Unehrlichen, als eine Angelegenheit der Moral. Der denkende, in die Mystik der heutigen Gesellschaft eingeweihte Sozialist weiß, daß jeder politische Kampf, also auch der Kampf um die Herrschaft in der Gemeinde, ein Kampf der Besitzenden gegen die Besitzlosen, ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit, eben ein Teil des großen Klassenkampfes ist. Nicht aus Dummheit und Bosheit betämpfen uns unsere Gegner, sondern weil ihr Interesse, das Interesse der Besitzenden, unvereinbar ist mit dem Interesse des Proletariats. Wie sollte der Unternehmer, der in den Gewerkschaften und Betriebsausschüssen ein Hemmnis seiner unumschränkten Herrschaft im Betriebe sieht und nunmehr zu den Leistungen für die Allgemeinheit mehr herangezogen wird als früher, der Händler und Kaufmann, die in den Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften eine Bedrohung ihrer Existenz erblicken, der Hausbesitzer, der den Mieterchutz und die öffentliche Wohnungsfürsorge fürchtet, sozialdemokratisch wählen? Wenn sich auch die einzelnen bürgerlichen Interessengruppen und ihr Anhang untereinander bedecken, die Nationalpartei mit den Nationalsozialisten und Deutschdemokraten, die Agrarier mit den Nationalparteilern und Christlichsozialen, die Gewerbe- und Wirtschaftsparteiler mit den Nur-Politikern in Jank und Hader liegen, im Kampfe gegen die Sozialdemokraten, im Krieg gegen jede Sozialpolitik, gegen alle Ausgaben für das gewöhnliche Volk finden sich alle wieder.

Bei den allgemeinen Gemeindevahlen im Juni 1919 war auch in der Tschechoslowakei die durch Krieg und Revolution erzeugte politische Stimmung der proletarischen und halbproletarischen Wählermassen für die Sozialdemokratie günstig. Obwohl in dieser Zeit Partei und Gewerkschaften damit beschäftigt waren, die durch den Krieg fast völlig zerstörten und infolge der uns von Wien abtrennenden Friedensverträge ihrer geistigen Führung beraubten Organisationen aufzubauen, die Massen der neuen Mitglieder zu schulen und aus diesem Grunde nicht überall ihre ganze Kraft dem Wahlkampfe widmen konnten, vereinigte die Partei, nach der amtlichen Zusammenstellung des tschechoslowakischen Pressebüros, auf ihre Wahllisten in Böhmen, Mähren und Schlesien von 4 539 552 abgegebenen Stimmen überhaupt, darunter 1 422 038 deutschen Stimmen, 623 166 oder 43,82 Proz. Von diesen 623 166 deutschen sozialdemokratischen Stimmen entfielen auf Böhmen 510 099 (46,91 Proz.), Mähren 76 415 (32,21 Proz.) und Schlesien 36 652 (37,58 Proz.).

Der Wahlerfolg verschaffte der Arbeiterschaft entscheidenden Einfluß auf einem bisher fast unbetretenen Kampfboden, aber damit auch neue, verantwortungsvolle Arbeit. In Dutzenden großen und mittleren Gemeinden, in Böhmen außerdem noch in den an Stelle der aufgelösten Bezirksvertretungen ernannten Bezirksverwaltungscommissionen, mußten unsere Genossen die Verwaltung übernehmen oder mitarbeiten. Eine große Zahl der besten Vertrauensmänner wurden der Arbeit für Partei und Gewerkschaft entzogen. Dazu kamen die Schwierigkeiten der Gemeinden in finanzieller Beziehung, die auch die Regierung bis heute nicht beseitigen konnte, und für die sozialistischen Gemeindeverwaltungen die Unmöglichkeit, auch nur einen erheblichen Teil der allzu berechtigten Forderungen der Wählerschaft zu verwirklichen. Und in natürlicher Folge die Enttäuschung jener indifferenten Schichten, die in der Revolutionsperiode nur gefühlsmäßig zur Sozialdemokratie gestoßen sind, ohne für Wesen und Inhalt des Klassenkampfes Verständnis zu haben. Diese Tatsachen allein würden genügen, um einen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen bei den kommenden Wahlen begreiflich erscheinen zu lassen.

Den größten Einfluß auf die politische Einstellung großer Schichten, die in der Nachkriegszeit mit der Sozialdemokratie sympathisierten, übten natürlich jene Vorgänge, die sich in politischer und wirtschaftlicher Beziehung um uns abspielten. Die Uneinigkeit der Arbeiterklasse, die Spaltung der Organisationen durch die Kommunisten in einer Zeit, in der die Einheit am nötigsten gewesen wäre, ermunterten die konterrevolutionären Kräfte, zerrissen ihre einheitliche Kampffront. Niedergedrückt von der schon seit Monaten andauernden

Wirtschaftskrise, in die Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei vorläufig in eine Defensivstellung gedrängt. Mit der Verstärkung der Reaktion wächst auch der Abfall der sich aus den Reihen der Beamten, Angestellten und Lehrer rekrutierenden November- und Juni-Sozialisten von unserer Partei. Sie finden wieder in das bürgerliche Lager zurück, und nur jene bleiben dem Sozialismus erhalten, die zum Klassenbewußtsein erwacht und geistig darin gefestigt sind. Tausende Landarbeiter und Handwerker in den kleineren Gemeinden stehen wieder unter dem wirtschaftlichen Druck der Großbauern, Haus- und Grundbesitzer, die, vom Schrecken der Revolution befreit, wieder ihre Herrenrechte ausüben wollen.

Die nationale Hege spielt in der Tschechoslowakei, dem neuen alten Oesterreich, bei den Wahlen eine nicht unbedeutende Rolle. Im deutschen bürgerlichen Lager gibt es zwar dem Namen nach neue Parteien, aber keine neue Richtung in der Politik. Noch mehr als früher im alten Oesterreich erschöpft sich ihre Politik in Zänkereien und Krakeelen, im Streit darum, welche von den Parteien und Parteien das deutsche Volk am besten vertritt. Entsprechend diesem Zustande ist das Verhalten der tschechischen Regierung. Uebergriffe der staatlichen Behörden und Nemter, Schikamierung der deutschen Gemeinden und Schulleitungen in der Sprachbehandlung — erst kürzlich hat der Verband der tschechischen Städte seine Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Nichtbeantwortung der deutschen Zuschriften deutscher Gemeinden ganz in der Ordnung ist, während im Falle der Nichtbeantwortung einer tschechischen Zuschrift seitens einer deutschen Gemeinde gegen diese die Anzeige bei der politischen Landesverwaltung zu erstatten wäre —, die Drofflung des deutschen Volks- und Bürgersehens sind an der Tagesordnung.

Die Gemeindevahlen hätten in der Tschechoslowakei auf Grund der Wahlordnung vom Jahre 1919 schon im Juli 1922 stattfinden sollen, da in den Bestimmungen dieser Wahlordnung den im Jahre 1919 gewählten Gemeindevertretungen ausdrücklich nur eine dreijährige Wirkungsdauer zugesprochen wurde. Das Gesetz vom 14. Juli 1922, mit welchem die Gemeindevahlordnung vom Jahre 1919 abgeändert wurde, verlängert diese Wirkungsdauer um ein Jahr, so daß sie Ende Juni l. J. abläuft. Die Durchführung der Wahlen ist nur in der Zeit vom 16. August bis 14. Dezember möglich. Nun sieht die neue Gemeindevahlordnung vor, daß die Wahlen im ganzen Gebiete der Republik nicht an einem Tage stattfinden, sondern mit Rücksicht auf die Behörden, welche die Wahlarbeiten nicht bewältigen können, bezirksweise auf einige Monate ausgedehnt werden. Die politischen Bezirksverwaltungen haben auch bereits entsprechende Weisungen betreffend die Wahlschreibung erhalten.

In Böhmen, Mähren und Schlesien muß sich die sozialdemokratische Arbeiterklasse auf die Gemeindevahlen vorbereiten. Der Wahlkampf wird, das ist das Erstreckte für die Partei, einseitig und klar nach unteren sozialistischen Grundanschauungen geführt werden können. Es wird die Hauptaufgabe der Partei sein, die Wahlbewegung zu einer großen Werbeaktion für den Sozialismus zu gestalten. Tausende, nach ihrer sozialen Stellung zur Arbeiterklasse gehörenden Menschen zu uns herüberzuziehen, darüber Klarheit zu schaffen, daß alle gesetzgebenden und Verwaltungsförperschaften Herrschaftsinstrumente der kapitalistischen Gesellschaft, der Besitzenden, sind, solange die Arbeiterklasse nicht stark genug ist, die politische Macht zu erobern und zu erhalten. Nicht allein um Stimmen und Mandate geht es, sondern um die Gewinnung neuer Anhänger, um die Erweckung des Interesses der Arbeitermassen für die Kommunalpolitik. Da immer ausschließlicher nur der Haß gegen die Sozialdemokratie das Handeln unserer Gegner bestimmt, werden sich diese immer wesenverwandter und die Unterscheidungen verschwinden.

Majestätsbeleidigungsprozess in Spanien. Der frühere sozialistische Abgeordnete Prieto, der in einem Vortrage über die Niederlage bei Melilla die Person des Königs hineingezogen hatte, wird vor Gericht gestellt werden.

Die irische Hölle. Wie das „Journal“ aus Lism (Irland) erzählt, wurden gestern früh sechs Aufständische, in deren Besitz man Waffen vorgefunden hat, in der dortigen Kaserne hingerichtet.

Bureaukratismus.

Von Bruno Frei.

Sie glauben zu wissen, was Bureaukratismus ist? Sie sind stolz auf den peinlich genauen deutschen Beamten? Auf den Postkallergestungen, der einen Einschreibebrief mit der Weihe eines ägyptischen Rosterams zelebriert? „Es klappt!“ — sagen sie, die Brust voll der schufgewohnten Publizitätsanerkennung — „und das ist die Hauptsache!“ Nun, ich sage ihnen: „Nein, es klappt nicht! Es gibt eine Ordnung, die treuhafte ist und aus rationem Ordnungssinn heillose Unordnung stiftet, es gibt einen Fanatismus der Bedanterie, der toller ist als die südböhmische Schlamperei, in deren Regionen der Amtschimmel mitunter in rasendem Galopp verfaßt, und — journalistisch, wenn auch etwas ungenau ausgedrückt — die tollsten Blüten treibt. Ich muß ihnen erzählen, was Bureaukratismus ist.“

Meine Wirtin erzählt mir, der geldbringende Postbote habe mich gesucht. Er habe das große Wort gesprochen: Ich bin zum erstenmal da. So selten kommt der Geldbote zu mir. Nun ist endlich alles gut. Er war da, der gute Mann. Er wird wieder kommen der Sendbote der Erfüllung — Erfüllung meiner Träume nämlich. — „Er war zum zweitenmal hier“ — sagt am nächsten Tag meine Wirtin — „und er ließ einen Schein zurück.“

Ich bin sonst unzufrieden, aber in diesem Augenblick fühle ich wilde Rhythmen durch mein Blut wallen. Ich las, zum Teil gedruckt, zum Teil handschriftlich eingeseht, diesen Bogen der Verheißung:

Benachrichtigung.

Hier... ist eine Benachrichtigung eingegangen, um deren Abholung unter Vorzeigung dieser Benachrichtigung und nach Vorweis der Empfangsberechtigung (vgl. die Bemerkungen auf der Rückseite) bei der Poststelle des Postamtes Nr. 1 hiermit ersucht wird.

Berlin, den...
Quelle nicht vor 1 Uhr. Briefträger.

Bitte wenden!

Nun ging ich — nicht vor 1 Uhr — zur Poststelle meines Postamtes. Nach amtlicher Beglaubigung meiner Empfangsberechtigung erhielt ich:

Postfachamt Berlin

8 M. — 10.

vom Fernsprechamt 1 (Fernsprechbeitragskonto)

Konto Berlin 4677

4 Prozent Zinsen von 1000 M. Fernsprechbeitrag für die Zeit vom 1. 3. 23 bis 31. 3. 23 für den Fernsprechbeitrag...

Nach heute bemundere ich meine Selbstbeherrschung. Ich winkte nur müde verzichtend ab. „Schon gut... Machen Sie sich weiter keine Mühe!“ ...

Ausgleichende Gerechtigkeit.

Republikaner beurteilt. — Ungeführte Provokation.

Vor dem Heidelberger Landgericht fand die Verhandlung wegen der Vorgänge anlässlich der Rathenau-Demonstrationen in Heidelberg statt. Angeklagt waren der Student Carlo Mierendorff aus Karlsruhe, der Arbeiter Kragert aus Schönan, der Metzger Erke aus Schwellingen, der Schlosser Heilmann aus Heidelberg und der Schlosser Jobelt aus Eppelheim. Es handelt sich um eine dreifache monarchistische Provokation, die sich der Professor Renard am Tage der Rathenau-Demonstration leistete. Professor Renard hatte trotz der Verfügung der badiischen Regierung seine Übungen im Radiologischen Institut abgehalten und ließ auch die Flagge nicht auf Halbmaß hissen. Aus diesem Grunde kam es zu einem Sturm der Arbeiterklasse auf das Institut, wobei die Arbeitermassen die verschlossenen Türen aufbrachen, sich des Professors Renard bemächtigten und die Flagge auf Halbmaß setzten. Mierendorff hat den Rektor der Universität wiederholt auf das Verhalten des Herrn Renard aufmerksam gemacht. Der Rektor erklärte jedoch, er könne in der Sache nichts tun. Darauf hat Mierendorff den Gewerkschaften Mitteilung gemacht, und es wurde beschlossen, eine Deputation in das Institut zu schicken. Infolge der Weigerung Professor Renards, die Deputation zu empfangen, hat sich der Menge eine große Erregung bemächtigt, die dadurch erhöht wurde, daß Steine auf die Arbeiter geworfen und Wasser gespritzt wurde. Mierendorff hat die Studenten in Schutz genommen und den Arbeitern erklärt, daß sie von Renard terrorisiert seien. Nach Erzwingung des Eingangs wurde Renard zur Polizeiwache und dann zum Gewerkschaftshaus gebracht und bis in die Nacht in Schutzhaft gehalten. Der Professor Renard aber, der sowohl auf die Republik als die Anordnungen ihrer Regierung mit souveräner Berachtung herabblüht, ist immer noch Lehrer der akademischen Jugend! Wirklich, es ist herrlich um die republikanische Justiz bestellt!

Das Urteil lautet: Mierendorff wird zu vier Monaten Gefängnis, der Arbeiter Jobelt zu drei Monaten und der Arbeiter Jobelt zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Moskau entscheidet.

Der Streit in der kommunistischen Partei.

Vor kurzem drohte noch Heinrich Brandler auf dem Kongress der kommunistischen Jugend der Opposition mit dem Hinauswurf. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, daß die Zentrale der KPD. einen Hinauswurf gar nicht riskieren kann. Wie recht wir damit gehabt haben, zeigt, eine parteiinterne Mitteilung in der kommunistischen Presse über Verhandlungszwischenfälle der Zentrale und den oppositionellen Bezirken. In der Verlautbarung heißt es: die Zentrale habe die Initiative ergriffen und festgesetzt, daß formelle Disziplinbrüche nicht vorliegen. Man habe sich auf folgende Richtlinien geeinigt:

1. Es finden seitens der Zentrale keine politische Maßregelungen der oppositionellen Genossen statt. Vorkommende Disziplinbrüche werden nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts behandelt.
2. Jedes Parteimitglied hat das Recht der Kritik und der Meinungsäußerung in der Frage, soweit die Parteitätigkeit nicht durch die Kritik und Meinungsäußerung gehindert wird.
3. Die Delegation von Vertretern der Bezirksleitung und der Bezirke zu Bezirksparteitagen ist zulässig, wenn die Zentrale ihre Zustimmung erteilt hat.
4. Die Opposition wird zur Diskussion der parteiinternen Differenzen in der „Roten Fahne“ und der übrigen Tagespresse, sowie in der „Internationale“ der erforderliche Raum bereitgehalten. Die Schaffung einer Berliner Wochenzeitung wird abgelehnt. Sollte die Exekutive auf die von Berliner Genossen eingebrachte Beschwerde anders entscheiden, so wird sich die Zentrale diesen Entscheidungen selbstverständlich fügen.
5. Die Delegation zur Aussprache über die Parteidifferenzen nach Moskau wird entsprechend der Einladung der Exekutive vorgenommen. Die Hinzuziehung eines Vertreters der Opposition aus Rheinland-Westfalen wird von der Zentrale unterstützt.

Es gibt in Berlin ungefähr 200 000 Fernsprechanschlüsse. Wie viele Beamte „verarbeiten“ den monatlichen Zinsendienst des Fernsprechbeitragskontos? Wie viele Millionen Mark sind notwendig, um die 3 M. ihren rechtmäßigen Eigentümern zuzuführen? Wieviel Dummheit wegen eines Trugbildes von Genauigkeit!

Sehen sie, mein Lieber, das ist Bureaukratismus: der geräuschvolle Leerlauf des Verwaltungsapparates um seiner selbst willen.

„Die verkaufte Braut.“ In der Großen Volksoper wollte man uns lachen machen mit einer köstlichen Musik, die aus lauter tschechischer Tanzlust, weicher April- und romantisch leuchtender Melodie besteht. Eine national-lebendige Partitur aus dem Reiche der geborenen Musikanten, heißblütig einwirkend, galoppierend und einfallend und so musterhaft klar gezeichnet, daß die Feinheit des Stils die Plumpheit des Inhalts vergessen macht. Ein ländliches Idyll mit leicht durchschaubarer dramatischer Verwicklung, mit einem Heiratsvermittler als spitzbübischen Peitscher der Handlung, mit Treue bis in den Tod und mit einem erlösenden Nicker über den gesoppten Ehestifter. Sogar ein bauerlicher Krein stottert Melodien der Biddigkeit, ohne daß man — Triumph eines gewissen Komponisten — die Freude an der kindlichen Theaterlust einbüßt. Dieser Meister war Smetana. Man wolle uns zum Lachen bringen, aber es langte nur zum Lächeln. Man wolle unser Blut in Tanzwallung bringen, aber es stochte beim ersten Schritt. Der eine einzige Ludwig Rantler hatte mit seinem nachdrücklichen Spiel, mit seiner guten Laune, mit alten und neuen Späßen, mit Schirm und Tabakdose den Erfolg der anstehenden Lustigkeit. Hätte doch der Dirigent Pratorius dieses Tempo, diesen Eifer, diese Schirmgeschäftigkeit in die Seele seines Taktstodes hineinschmuggelt! Dem Minzer Kurt Widmann merkte man an, wie lachhaft er wirken wollte; es war Humor aus zweiter Hand, mit Liebesfeuer an Baum, aber recht drastisch. Sehr erheitert Kurt Gorch-Rielly an der Spitze der Schmierentruppe. Stella Krüger gab ihrer Landmarie fast zu vornehmen Geschmeid, äußerlich wie innerlich. Ihre Wehmut, ihre Schelmerlei und ihr Trost ließen sich schaukelnd gut durch, ihre Stimme blieb durch Indisposition an der Enstaltung pehennit. Der Partner Wilminski sollte keinen schlanen und hübschen Tenor aus der Presse nehmen lassen, die Höhe nöstet gefährlich. — Die Bilder Strohsachs — Wiesenfeld und Wirtshaus — haben sehr gefällig aus. Ich glaube aber nicht, daß es in der Umgebung des Wirtes und der Schwäne so sauber zugeht, wie bei dieser lachierten Idealbauernschaft.

Cheerklärung für den Intendanten Hartmann. Zum Streit des Intendanten Hartmann mit dem Deutschen Opernhaus hat jetzt die Stadtverwaltung Charlottenburg Stellung genommen in einem Schreiben, in dem es unter anderem heißt: „Von Ihrem gefälligen Schreiben vom 3. April, in dem Sie uns Ihre Enthebung von dem Amt des Vorstandes der Deutschen Opernhaus-Betriebs-G. V. und des künstlerischen Leiters des Hauses anzeigen, haben wir Kenntnis genommen. In einmütigen Einverständnis mit unserer Kunstdeputation bedauern wir auf das Be-

Es wird ein politischer Informationsabend für Berlin organisiert, wo mit den politischen Funktionären der Berliner Organisation und der Zentrale, wenn irgendmöglich wöchentlich, die politischen Aufgaben regelmäßig und gemeinsam durchgesprochen werden.“

Das Ergebnis der Aussprache ist also zunächst ein Erfolg der Opposition. Sie wird nicht hinausgeworfen, es wird ihr vielmehr in der „Roten Fahne“ und der übrigen Tagespresse „der erforderliche Raum bereitgehalten“. Der durch die Opposition eingeführte Brauch der Besichtigung der Bezirksparteitage durch Delegierte der Opposition wird sanktioniert. Dafür darf die Zentrale in Berlin einen politischen Informationsabend einrichten, um sich von der Opposition vor den Funktionären abkangeln zu lassen. Auch Roskau, das als höchste Instanz angerufen worden ist, wird keine Entscheidung bringen. Man wird mit allen Mitteln versuchen, den Riß zu verkleistern. Im Finstern werden wir die neue Volkspartei hören, nach der die kommunistische Partei die „einzige Partei“ des reinen, klaren und unerfälschten Klassenkampfes ist.

Um zu verstehen, wie stark die Zentrale vor der Opposition zurückgewichen ist, muß man sich vor Augen halten, daß Wilhelm Pieck, der organisatorische Leiter der Partei, dieser Tage erst das Vorgehen der Opposition folgendermaßen charakterisiert:

„So unverantwortlich wie das Vorgehen der Genossin Fischer auf dem Bezirksparteitag im Rheinland, also im Gebiet der Ruhraktion, war, so unverantwortlich sind auch ihre sonstigen Vorschläge, die sie dort und anderwärts in der letzten Zeit gemacht hat. Dieser Vorstoß gegen die Parteidisziplin, den die Genossin Fischer unternahm, ist der Schwere in der Partei, dessen sich bisher eine Opposition in der Partei schuldig gemacht hat. Wenn die Genossin Fischer auf dem Bezirksparteitag in überquellendem Kraftgefühl ihres vermeintlichen Sieges antändigte, daß der Tag kommen werde, wo sie alle Genossen, die „auf dem Boden der Demokratie stehen und mit der Weimarer Verfassung liebäugeln, aus der Partei hinauswerfen werde“, so nehmen wir diese lebenswürdige Absicht zur Kenntnis. Aber nur nicht so hitzig, Genossin Fischer, nicht alle Blütenträume reifen.“

Demgegenüber stellt jetzt die Zentrale fest, daß Disziplinbrüche nicht vorgekommen sind! Das genügt doch wohl, um die Stärke der Opposition in der KPD. zu kennzeichnen.

Bayern und der Staatsgerichtshof.

Der „Niedbacher“ erscheint nicht in Leipzig.

Vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofs sollte sich heute normierend der Schriftsteller Eckart aus München wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verantworten. Der nicht erscheinende Eckart, der als echter Bayer neulich erklärt hat, daß er vor einem außerbayerischen Gericht nicht erscheinen werde. Ebenso soll heute noch ein Termin gegen den Schriftleiter des „Niedbacher Anzeiger“, Martin Wegner, stattfinden. Auch dieser Angeklagte hat vor einigen Tagen erklären lassen, daß er nicht nach Leipzig kommen werde. Gegen Eckart hat der Staatsgerichtshof heute Haftbefehl erlassen. Da sind wir wirklich gespannt, was aus der Geschichte wird. Sollte vielleicht die bayerische Regierung nach berühmtem Muster befürchten, daß eine Verhaftung und zwangsweise Vorführung vor dem Staatsgerichtshof in Bayern bei „weiten Volkstreifen“ eine solche Erregung auslösen würde, daß man diese Verhaftung nicht zulassen kann? In Bayern ist alles möglich. Vielleicht bringt Herr Eckart aus München noch das ganze Reich aus den Fugen!

Regierungsumbildung in Oldenburg.

Oldenburg, 12. April. (H.) Die Forderung der Deutschen Volkspartei auf Bildung eines politischen Übergangsministeriums durch alle Parteien ist abgelehnt worden. Die alten Regierungsparteien haben die Bildung einer Regierung übernommen, die ein unpolitisches Beamtenministerium darstellt, das die wohlwollende Neutralität der Volkspartei findet. Ministerpräsident wird Präsident von Finkh, weitere Minister sind Geheimrat Oberregierungsrat Stein und Ministerialrat Weber.

hasteste das von der Betriebs-G. V. „Deutsches Opernhaus“ gegen Sie gelübte, die einfachsten Rechtsregeln verlebende Kontumazialverfahren. Die Aktiengesellschaft hat es für richtig befunden, Sie 14 Tage vor Ihrer Rückkehr von dem Ihnen vom Aufsichtsrat zur Durchführung eines Geschäftsvertrages in Nordamerika gewährten Urlaubs gerade zu einem Zeitpunkt, in dem Sie, umgeben von auserlesener deutscher Künstlergarde, auf fremdem Boden deutscher Kunst, deutscher Kultur und damit deutscher Sache dienend, fern von der heimathlichen Erde weilt, rüchstlos Ihres Poffens als Leiter des Opernhauses zu entlassen. . . . Der gegen Ihre künstlerische Ehre geführte Schlag hat Sie um so überraschender treffen müssen, als Sie die Gesellschaft durch den Vorliegenden des Aufsichtsrates, den Ihnen damals in enger Freundschaft verbundenen Herrn Bauart Ahrens, bei verschiedenen Anlässen, insbesondere vor einem Jahre gelegentlich Ihres 60. Geburtstages, in Anerkennung Ihrer zahlreichen künstlerischen Verdienste während Ihres zehnjährigen Wirkens in dem Hause in Worten höchsten Lobes geehrt und gefeiert und Sie unter gerechter Würdigung Ihrer umfangreichen Tätigkeit als äußeres Zeichen zum Intendanten ernannt hat. Selbst noch vor drei Monaten, an dem Tage des zehnjährigen Bestehens des Hauses, hat die Gesellschaft durch den gleichen Aufsichtsratsvorsitzenden Ihnen von neuem Ihre Verehrung und hohe Anerkennung zum Ausdruck gebracht.

Ein Schimpanse in London. „Mick“, der große Schimpanse des Londoner Zoologischen Gartens, an dessen Spähen sich Generationen von Kindern erfreut haben, bezieht in diesen Tagen das seitene Jubiläum seiner fünfundsiebenzigjährigen Anwesenheit im Londoner „Zoo“. Es ist das für einen menschenähnlichen Affen ein Füll ohne Beispiel. Bis her sind die nach Europa gekommenen anthropomorphen Affen rasch dem Klima erlegen, und man sollte meinen, daß gerade das Londoner Klima am wenigstens geeignet ist, einem Schimpanse, der in der Gefangenschaft gewöhnlich rasch an Lungenschwindsucht zugrunde geht, günstige Lebensbedingungen zu bereiten. „Mick“ ist ein lebendiges Beispiel des Gegenteils. Als er nach London kam, war er ein mit Kackis behaftetes, hinfalliges Affenbabe, dem man am allerwenigsten eine lange Lebensdauer prophezeit hätte. Von der „englischen Krankheit“ hat er sich indessen dank der sorgfältigen Pflege rasch erholt, und nur sein mangelhaft entwickeltes Gebiß gemacht noch an die glückliche überwundene Kinderkrankheit. Er verdenkt kein langes Leben nicht zum wenigsten der modernen Hygiene, die heute auch den Affen zugute kommt. Man hat erkannt, daß der Aufenthalt in frischer Luft am besten geeignet ist, das Leben der menschenähnlichen Affen zu verlängern und sie vor Erkrankungen der Lunge und des Nogens, denen sie in freierem Klima nur zu leicht ausgezehrt sind, zu bewahren. Außerdem hat man Micks Käfig durch die Glaswände abgegrenzt, die es unmöglich machten, daß der Affe mit Besuchern in Berührung kam, wodurch er vor der Gefahr der Uebertragung menschlicher Krankheitskeime behütet blieb.

Künstlerleben in der Berliner Sezession. Der wirtschafliche Verband bildender Künstler beantragt, um keine Fächerer und die Dringlichkeit für seine Berechnungen zu interessieren, am kommenden Sonntag, 14. um 1/2 Uhr einen Les mit künstlerischen Darbietungen in der Berliner Sezession, Kurfürstendamm 233.

Die Eisenbahneraustreibung.

Deutsche Protestnote.

Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist folgende Note übergeben worden:

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat durch die Verordnungen 149 und 150 dem Oberbefehlshaber der interalliierten Besatzungstruppen diktatorische Gewalt über die deutschen Eisenbahnen übertragen und unter völliger Ausschaltung der deutschen Reichsbahnverwaltung eine „Interalliierte Regie der Eisenbahnen des besetzten Gebiets“ eingerichtet, deren Leitung sie einem französischen Direktor unterstellt. Die neue Verwaltung soll befugt sein, das bisherige Personal insgesamt oder im Wege der Einzelkündigung zu entlassen.

Die Verordnungen werden damit begründet, daß die Deutsche Regierung durch gewisse unter angeleglicher Beteiligung des Verkehrs von Versailles und des Rheinlandabkommens an ihre Beamten erlassenen Befehle den Eisenbahnverkehr im besetzten Gebiet lahmgelegt und somit die Sicherheit und den Unterhalt der interalliierten Armeen, sowie der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete gefährdet habe.

Die Deutsche Regierung muß den

Vorwurf der Vertragsverletzung

auf das Entschiedenste zurückweisen. Die von ihr den Eisenbahnbeamten im vertragsmäßig besetzten Gebiet erteilten Befehle lauten ausdrücklich dahin, daß alle von den alliierten Behörden in Übereinstimmung mit dem Rheinlandabkommen geforderten Militärtransporte für die Bedürfnisse der Besatzung in dem nach Maßgabe des Vertrags von Versailles besetzten Gebiet durchzuführen seien. Dagegen hat es die deutsche Regierung mit Recht abgelehnt, die deutschen Eisenbahnen und ihr Personal für solche Militärtransporte zur Verfügung zu stellen, die von der französischen und belgischen Regierung unter

Verletzung des Vertrages von Versailles

eingeleiteten Gemotzaktionen dienen sollen. Nicht deutscherseits sind die Betriebsunterbrechungen verursacht, sondern sie sind eingetreten durch Vertreibung der deutschen Eisenbahner von ihren Dienstposten mit Waffengewalt, durch unmittelbare Eingriffe französischer oder belgischer Militärpersonen in den Betrieb, so daß jegliche Sicherheit für die Reisenden und das beförderte Gut aufgehört, und durch die Zumutung an die deutschen Bediensteten, ihre Arbeiten unter militärischem Zwang zur Unterstützung des rechtswidrigen Einbruchs in deutsches Gebiet fortzusetzen. Den Bediensteten wurde in solchen Fällen nur die Wahl gelassen zwischen dem Verlassen des Dienstes und dem Verrat

am eigenen Volke. Nachdem sie unter diesem Zwang den Dienst verlassen haben, wird behauptet, sie seien in Streit getreten, und daraus wird der Vorwand für die Begehung aller für Vöhung und Befolgung bestimmten Geldbeträge abgeleitet. Durch Bedrohung mit Waffengewalt, Mißhandlung, Gefängnisstrafe und Zwangsarbeit sollen die Bediensteten gefügig gemacht werden.

Die Behauptung, daß bei Erlaß der neuen Verordnungen auch die Sorge für die Sicherheit und Erhaltung der Bevölkerung miteingesprochen habe, wirkt wie beabsichtigter Hohn. Die Bevölkerung der deutschen Rheinlande, die in unerschütterlicher Liebe zu ihrem Vaterland geduldig alle Lasten der Besatzung trägt, weiß genau, daß die Sorge für ihre Existenz niemandem mehr am Herzen liegt als der Deutschen Regierung. Die Bevölkerung wünscht, von den bisherigen

Bedrückungen und Drangsalierungen

der Okkupation befreit zu werden, aber sie lehnt es ab, daß eine fremde Macht ihre sonst nicht wahrnehmbare fürsorgliche Gefinnung durch Entlassung und Vertreibung der deutschen Rollgenossen bestreift.

Alle angeführten Gründe sind, wie jeder Beobachter der Vorgänge am Rhein weiß, nur Vorwand, um das seit Beginn der Besetzung von Frankreich erstrebte Ziel zu erreichen, die Eisenbahn in die Hand seines Militärs zu bringen. Die jetzt getroffene Maßnahme reiht sich der Errichtung besonderer Verwaltungen für die Zölle, die Forsten und das Ein- und Ausfuhrwesen an; sie ist ein weiteres Glied in der langen Reihe der Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission, die alle gleichmäßig dasselbe Ziel verfolgen, das Rheinland politisch, wirtschaftlich und administrativ von unbefestigten Deutschland zu trennen. Die neu eingerichtete Regie macht von der ihr rechtswidrig übertragenen Ermächtigung zur Entlassung des deutschen Personals mit äußerster Brutalität Gebrauch. Sie begnügt sich nicht mit der „Dienstentlassung“, sondern vertreibt die Beamten mit ihren Familien aus ihren Wohnungen. So sind allein am Morgen des 7. April in Trier 120 Eisenbahner mit Familien

aus privaten Genossenschaftshäusern von bewaffneten Spahis mit Gewalt ausgezogen worden.

Fünfhundert Männer, Frauen und Kinder sind dadurch obdachlos auf die Straße gesetzt. Darunter befinden sich Wöchnerinnen und Säuglinge, auch 22 Kinder, die am nächsten Tage zur ersten Kommunion gehen sollten. Schriftliche und mündliche Vorstellungen der Stadterwaltung und der Regierung waren vergeblich, auch der kleinste Ausschub wurde verweigert.

Gegen diese neuen Gewalttätigkeiten und Vertragsbrüche der Interalliierten Rheinlandkommission legt die Deutsche Regierung hiermit feierliche Verwahrung ein.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz ist gleichfalls beauftragt worden, der Interalliierten Rheinlandkommission eine Abschrift der Note zu überreichen.

De Valera verhaftet.

London, 11. April. (EE.) Truppen des Freistaates Irland haben heute den Führer der irischen Aufstandsbewegung, De Valera, in Clonmel in der Grafschaft Tipperary verhaftet.

Da zur gleichen Zeit der zweite Führer der irischen Revolution, Danahy, in ähnlich verwickeltem Zustande in die Hände der verfassungsmäßigen Truppen gefallen ist, so dürfte die Partei der Unversöhnlichen einseitig ausgespielt haben. Ihre Bewegung mag heroisch erschienen sein, sie war im Grunde genommen nur eine einseitige Torheit und auch vom demokratischen Standpunkt aus verwerflich.

Devisenkurse.

	12. April		11. April	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	8230.85	8180.65	8230.85	8280.65
1 argentinische Papier-Peso	7703.19	7741.81	7678.20	7736.80
1 belgischer Franc	1204.97	1218.09	1201.98	1208.02
1 norwegische Krone	8777.58	8796.47	8780.52	8789.69
1 dänische Krone	8992.49	4012.51	8990.97	4120.03
1 schwedische Krone	5589.49	5616.51	5503.48	5621.52
1 finnische Mark	—	—	570.07	572.98
1 japanischer Yen	9976.—	10025.—	9975.—	1025.—
1 italienische Lire	1048.88	1049.12	1044.88	1050.12
1 Pfund Sterling	97870.68	98370.82	97870.68	98370.82
1 Dollar	21032.28	21137.72	21093.64	21195.36
1 französischer Franc	1402.48	1409.52	1398.99	1406.01
1 brasilianischer Milreis	2244.87	2255.68	2244.87	2255.68
1 Schweizer Franc	8835.28	8854.62	8815.30	8844.64
1 spanische Pesta	8219.98	8236.07	8219.98	8236.07
100 österr. Kronen (abgek.)	—	—	99.62	99.78
1 tschechische Krone	—	—	627.92	631.01
1 ungarische Krone	—	—	4.66	4.70
1 bulgarische Lewa	—	—	180.84	182.66
1 jugoslawischer Dinar	—	—	212.98	214.04

Schülermühen.

Das Schuljahr hat wieder begonnen. Neben den Knechten, die ein wenig Ideu noch und ängstlich von ihren ersten Schulstunden zurückkehren, neben den langen Zügen der Kinder der Volksschule, für die das Ende des Unterrichts noch längst nicht den Beginn der Erholung bedeutet, gehen die „beglückteren“ Kameraden aus der „höheren“ Schule einher. Wir wollen heute nicht darüber streiten, ob sie wirklich glücklicher daran sind und ob ihre Schule höher zu bewerten ist als die andere. Wir sind ja von einer Einheitschule immer noch weit genug entfernt. Aber ist es wirklich nötig, daß die Zugehörigkeit zur „höheren“ Schule auch äußerlich betont wird? Wäre es nicht endlich an der Zeit, in einem demokratisch sein wollenden Staat und in einer zur Hälfte sozialistischen Stadt mit dem Unfug der bunten Schülermühen aufzuräumen? Was wird damit anderes bezweckt oder zum mindesten anderes erreicht, als daß sich die Träger dieser Mühen als etwas „Besseres“ dünken, daß sie sich daran gewöhnen, einen — vielleicht vorhandenen — sozialen Vorteil nach außen hin zu betonen und den breiten Schichten sozial schlechter gestellter Kameraden und Altersgenossen hochmütig vor Augen zu führen. Man komme nicht mit dem trübsüchtigen Einwand, die bunte Mühe fördere Kameradschaft und Schuldisziplin. Wir danken für eine Kameradschaftlichkeit, die sich auf Kinder der gleichen Gesellschaftsschicht auf Kinder der gleichen Schulkasse, auf Kinder mit demselben Schulgeld beschränkt! Und wenn die Schuldisziplin durch farbige Schulmühen oder gar Stoffenmühen gefördert wird — wie wär's dann, wenn man die Volksschüler einmal damit beglückte? Nein, es ist eben so: die Schülermühe ist ein Stück Uniform, wie die Studentenmühe oder die Achselstücke der Herren Offiziere — ein Stück Uniform, durch das sich Angehörige einer „besseren“ Gesellschaftsschicht schon äußerlich von den gewöhnlichen Sterblichen und vom „Volke“ unterscheiden möchten. Und wenn wir den Studenten und den Offizieren es unferhalten gönnen wollen, sich in den Augen freidenkender, sozial und demokratisch empfindender Menschen so lächerlich zu machen, wie sie es selber für nötig halten — von unseren Kindern, von den Kindern der deutschen Republik wollen wir den Kastengeist fernhalten, sie wollen wir davor bewahren, schon mit 9 oder 10 Jahren den Dünkel und Hochmut eines „höheren“ Schülers innerlich und äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Darum: Arbeitereltern, verlangt, daß die bunten Mühen einer undemokratischen Zeit verschwinden! Verlangt, daß die Kinder unseres Volkes und unserer Stadt zu allen sozialen Ungleichheiten nicht noch deren aufdringlichsten und aufreizendsten äußeren Ausdruck zur Schau tragen! Fort mit der Mühenuniform aus den Bildungs- und Erziehungsstätten unserer Jugend!

Der gekränkte Untermieter.

Phantasien eines französischen Korrespondenten.

Die Pariser Zeitung „Echo de Paris“ veröffentlichte einen Artikel ihres Berliner Korrespondenten George Saillier-Dupont, in dem behauptet wurde, daß die deutschen Behörden in brutaler Weise den Korrespondenten seiner Wohnung beraubt und auf die Straße gesetzt hätten. Zu diesen vollkommen unrichtigen Behauptungen erfahren wir von zuständiger Seite folgende Tatsachen:

Herr Saillier-Dupont wohnte als Untermieter zusammen mit dem Mitglied der Luftfahrt-Überwachungskommission, dem englischen Leutnant Gilles, bei dem Kaufmann Bodenstädt in dem Hause Friedrich-Wilhelm-Str. 14. Das zuständige Wohnungsamt des Bezirksamt Berlin-Tiergarten stellte fest, daß der Wohnungsinhaber Bodenstädt zwei Wohnungen besaß und beschlagnahmte die Räume in der Friedrich-Wilhelm-Str. Da bei derartigen Beschlagnahmen auch die Untermieter regelmäßig geändigt werden, wurde dem englischen Offizier und dem französischen Journalisten mitgeteilt, daß sie sich nach einer anderen Unterkunft umsehen müßten. Der Offizier weigerte sich auszugehen, da er als Mitglied der genannten Kommission den Schutz der Exterritorialität für sich in Anspruch nehme. Das Wohnungsamt war dagegen machtlos und erklärte sich bereit, den englischen Offizier weiterwohnen zu lassen. Der Pariser Korrespondent verlangte auf dem Wohnungsamt in sehr barscher Weise, daß auch ihm die Genehmigung erteilt würde, weiterwohnen zu können und drohte, als man auf seine Forderungen nicht eingehen wollte, er werde sich durch seinen Vorgesetzten beim Auswärtigen Amt beschweren. Tatsächlich hat der französische Geschäftsträger sich für Herrn Saillier-Dupont eingesetzt und das Auswärtige Amt wies das Wohnungsamt an, den Korrespondenten in seiner Wohnung zu lassen. Das Wohnungsamt Tiergarten war jedoch der Ansicht, daß angesichts der großen Wohnungsnot eine Sechszimmer-Wohnung für die beiden Herren zu groß sei und überließ ihnen drei Zimmer. Der Rest der Wohnung wurde dem Hauswirt zur Verfügung gestellt. Herr Saillier-Dupont hat sich durch diese Maßnahme des Wohnungsamtes jedoch gekränkt gefühlt und ist in das Hotel Eplanade übersiedelt. Um seine neuen Kontakte hervorzuheben, hat das zuständige Wohnungsamt ihm trotzdem seine bisherige Wohnung in der Friedrich-Wilhelm-Str. weiter überlassen. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß eine Behörde gegen einen Franzosen „brutal“ vorgegangen ist.

Die Unsicherheit im Grunewald.

Überfallen und beraubt wurden gestern mittig im Grunewald ein Fräulein Lade aus der Sophie-Charlotten-Straße 15 in Charlottenburg und ein Fräulein Eva Hennenberg aus Kiel, das zum Besuch in Berlin war. Die beiden Damen hatten sich auf einem Ausflug gegen Mittag unter einer Linde einen Augenblick gelagert, um auszurufen, als plötzlich ein Mann von etwa 30 Jahren mit gegogenem Revolver hinter einem Baum hervorgerufen kam und ihnen einen Sommermantel von Pfeffer- und Salzfarbe, einen braunen Tuchhut mit blauem Band und eine Handtasche mit Toilettenfachen, alles in allem für 300 000 M., raubte. Der Räuber entkam mit der Beute. Nachforschungen, die alsbald von Beamten des 162. Regiments aufgenommen wurden, blieben erfolglos. — Es wäre sehr bedauerlich, wenn es den Behörden nicht gelingen sollte, die in der nächsten Nähe Berlins liegenden, zu Groß-Berlin gehörenden Wälder und Parks von Gefindel so zu säubern, daß die Bevölkerung sich in Ruhe der Erholung hingeben kann.

Ein Raub-Prozess.

Am 30. Mai, vormittags 10 Uhr, findet vor dem Schöffengericht Werder a. d. H. der Prozess des Herrn v. Raebne gegen mehrere Berliner Zeitungen statt. Es ist nicht Anklage wegen öffentlicher Beleidigung erhoben, sondern die Sache wird auf dem Wege der Privatklage erledigt. Den Vorwurf führt Amtsrichter Sentpiel. Als Zeugen sind geladen der Erste Staatsanwalt in Potsdam Gerlach und die Berichtspräsidentin Frau Mauracher. Die Zeugen sollen bezeugen, daß Herr v. Raebne jun. schon bei einer Schwurgerichtsverhandlung am 23. Januar 1922, bei der er wegen versuchten Totschlages angeklagt war, behauptet haben soll, daß die v. Raebne schon von Kindheit auf dazu angehalten worden seien, bei Rechtsverletzungen auf ihrem Gebiet sofort zur Waffe zu greifen.

Wer ist das ertrunkene Kind?

Am 31. März wurde von einem Bachmeister der Schulpolizei an der Sandrührbrücke die Leiche eines Knaben von etwa 1 1/2 Jahren aus dem Wasser gefischt und nach dem Schwaufhaufe gebracht. Es ist unbegreiflich, daß sich trotz der Veröffentlichung noch niemand gefunden hat, der über den

Keinen Auskunft gegeben hätte. Auch als vermisst ist er nicht gemeldet worden. Man muß also mit der Möglichkeit rechnen, daß der Knabe vielleicht von der Mutter, die ihn befehligen wollte, mit Absicht in das Wasser geworfen worden ist. Alle Nachforschungen nach der Herkunft des Ertrunkenen sind bisher erfolglos geblieben. Wer über das Verschwinden eines kleinen Knaben Auskunft geben kann, wird ersucht, sich im Schauhaus in der Hannoverer Straße zu melden. Der Kleine war etwa 70 Zentimeter groß und hellblond und trug ein blau kariertes Wollkleid, eine weiße wollene Jacke mit angefrickten Handschuhen, graugrüne Strümpfe und ein weißes Hemd mit einem Fildern, der W. gezeichnet ist. Der Unterrock des Knaben ist blau-schwarz gestreift.

Reiches Bestattung.

Der verstorbene Berliner Bürgermeister a. D. Reide wurde heute in Wilmersdorf durch Feuer bestattet. An der von der Familie veranstalteten Trauerfeier in der Halle des Krematoriums beteiligten sich so viele Personen aus der Kommunalverwaltung und aus der Schriftsteller- und Künstlerwelt, daß der Raum nicht alle Erschienenen aufnehmen vermochte. Nach der Predigt des Geistlichen nahm Oberbürgermeister Böß das Wort und würdigte die Arbeit, die Reide im Dienste der Stadt Berlin geleistet hat. Auch Oberbürgermeister a. D. Wermuth, der unter der Trauergemeinde war, widmete dem Verstorbenen warme Worte des Gedenkens. Ihm schloß sich ein Vertreter des Berufsvereins der höheren Kommunalbeamten an. Hermann Sudermann feierte in Reide den Dichter, und in Erinnerung an Reides Tätigkeit im Goethe-Bund den Vorkämpfer für Geistesfreiheit. Ein Freund der Familie, Dr. Spiro, gab ein Bild der gewinnenden Persönlichkeit des Reichen Reide. Der Erbkasse Männergesangsverein und der Ceilist Heinrich Grünfeld schufen durch Gaben ihrer Kunst die rechte Stimmung für diese Feier. — Die Beisetzung der Asche wird in Schreiberhau erfolgen.

Die Generalversammlung der Jungsozialisten.

In der gestrigen Generalversammlung der Jungsozialistischen Vereinigung erloschte Genosse Wegner den Geschäftsbericht, aus dem sich ergab, daß die Vereinigung im Wachstum begriffen ist. In die geschäftlichen Mitteilungen knüpfte Wegner eine Formulierung der Aufgaben der jungen Sozialisten in der Republik. Freudige Befragung des Staates und seiner äußerlichen Form der Republik. Die Aussprache über den Bericht und die vorliegenden Anträge zeigten Gegenläufige innerhalb der Vereinigung. Auf der einen Seite verlangte man, daß die Jungsozialisten in der wissenschaftlichen Aufklärung junger Parteigenossen ihre Aufgabe erblicken. Auf der anderen Seite geht man wesentlich weiter und legt die Betonung in erster Linie auf die Umstellung der Gefinnung und das Herausstellen des ethischen Sozialismus. Während jene in der Partei nahezu Selbstzweck erblicken, bejahen diese die Partei nur als Mittel zur Durchsetzung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Ziele. Auf eine knappe Formel gebracht würde die Gegenüberstellung ungefähr so lauten: Materialistischer Sozialismus mit aller Enge des Dogmas hier, lebendiger Sozialismus ohne Festlegung dort. Bei den Wahlen zum Arbeitsausschuß zeigte es sich, daß die Auffassung der Rechtgemanneten in der Minderheit war. Gewählt wurden die Genossen: Lamm, Böttcher, Kari, Witten, Wegner, Lutz und Friedländer.

Rheinische Reichstagsabgeordnete suchen möblierte Zimmer. Angebote sind dem Sekretariat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu überreichen.

Essener Arbeiterjäger in Berlin. Der Sängerkorps des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen wird in den Tagen vom 20. bis 23. April d. J. Berlin besuchen und in einer Reihe von Konzerten vom Besten des Deutschen Volksopfers an die Öffentlichkeit treten.

Bund religiöser Sozialisten Deutschlands. Folgende sozialistische Geistliche predigen am Sonntag, den 15. April, Genosse Barree Franke, 6 Uhr, Heilig-Kreuz-Kirche, Blücherplatz, Genosse Barree Schmidt, 10 Uhr, vormittags, Thomaskirche, Mariannenplatz.

Knablen. Das Ehepaar Robert Bernhardt, Kaulsdorf, Köpenicker Straße 15 bei Köpenick, begeht am 12. April das Fest der Diamantenen Hochzeit. Das große Ehepaar lebt in den dürftigsten Verhältnissen und bezieht Armenunterstützung. — Die Eheleute Kupferhiesig Gottlieb Saplak, Staunin 1, begehen am 14. April die goldene Hochzeit im Alter von 75 und 70 Jahren.

In der dritten Vorkampf-Marinee, die im Circus Dutsch am Sonnabend nachmittags 7 1/2 Uhr stattfand, wird der junge Hannoveraner Ernst Böhm an n im Ring erscheinen, dessen an der gleichen Stelle über den früheren deutschen Schwergewichtsmeister Otto Hilm erzwungener Sieg noch in der Erinnerung sein wird. Sein Gegner ist ein für Berlin neuer Mann, der Düsseldorf Alfred Kourner.

Gesegnetes Brasilien.

Mit der folgenden Erwiderung des brasilianischen Studenten in Berlin, Guerra Duval, schließen wir die Debatte über das „Gesegnete Brasilien“. Herr Duval schreibt:

Ich lese in der Abendausgabe Nr. 166 vom 10. April Ihres geschätzten Blattes unter der Spitzmarke — Noch einmal das „Gesegnete Brasilien“ — den Beitrag eines Anonymus, der auf mich persönlich bezug nimmt und einige weitere unrichtige Behauptungen über Brasilien und die Art und Weise, wie es Auswanderer aufnimmt, veröffentlicht. Der Artikelschreiber entnimmt seine Nachrichten dem Organ des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes (von welchem Lage?) und einem anderen Blatte „D'Parafusa“, welches in Brasilien erscheinen soll und dessen Namen ich zum ersten Male höre. Was das Material aus italienischer Quelle betrifft, so dürfte es vielleicht genügen, Ihnen mitzuteilen, daß Italien im Jahre 1921 ein Arbeitsabkommen schloß, in dessen Ausführung Hunderttausende von Italienern nach Brasilien ausgewandert sind und noch auswandern, nicht nur mit der Einwilligung, sondern sogar mit der Unterstützung der Regierung ihres eigenen Landes. Was für einen Zweck haben unter diesen Umständen Behauptungen wie die Ihres Gewährsmannes? Was nun den „Parafusa“ (auf Deutsch „die Schraube“), ein Blatt, das, wie gesagt, ich zu kennen nicht die Ehre habe, betrifft, so müssen die Leser des „Vorwärts“ sehr wohl, daß es gar nicht schwer sein würde, irgendeine der Wahrheit und den Interessen Deutschlands zuwiderlaufende These einfach durch Wiedergabe von Auszügen aus deutschen Blättern zu bekräftigen. Und ich muß bekennen, daß wir in Brasilien nicht weiter fortgeschritten sind als in Deutschland. Um endgültig diese Angelegenheit zu beschließen, ist es wichtig zu betonen, daß mein Band, so sehr es Einpanderer wünscht und willkommen heißt, keine Propaganda entfaltet, um sie heranzuziehen. Wer über die gegenwärtige Lage Europas und Amerikas auf dem Laufenden ist, weiß sehr wohl, daß die europäischen Auswanderer in steigendem Maße auf unsere Bestrebungen angewiesen sind. Nicht ein um Einwanderer stehendes Land ist Brasilien, dessen Grenzen die Hälfte des Flächenraumes und der Bevölkerung Südamerikas umfassen, des so überaus freien und reichen Erdteils, das die Hoffnung der Auswanderer darstellt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und vielach kelter, vorübergehend häufig benetzt mit etwas Regen und ziemlich lebhaften östlichen bis südöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialisten. Gruppe Treptow. Heute, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Elsenstr. 8, Mitgliederversammlung.
14. April. Rentkahn. Bezirksvorstand und Mitglieder der Wohnungsamtsfraktion. No-mittags 4 Uhr, Sitzung im Sitzungssaal des Wohnungsamtes, Dannewer Straße.
Bertram. Sonnabend, den 14. April, abends 8 Uhr, bei Modisch, Kaiserstraße, Generalversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird erwartet.

